

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
-------------------------	----

Kapitel 1

Der Schutzmumfang des Betrugstatbestands nach der herrschenden Meinung	15
---	----

A. Die Abgrenzung der erlaubten Geschäftstüchtigkeit vom strafbaren Betrug	15
B. Keine Auswirkungen mitwirkenden Opferverhaltens	17
C. Phänotypik	19
I. Betrug durch Behauptung wahrer Tatsachen	20
1. Behindertenwerkstatt-Fall	22
2. Schuldenregulierungsfall	25
3. Betrug durch rechnungähnliche Angebotsschreiben	26
a) Behandlung rechnungähnlicher Angebotsschreiben in der Rechtsprechung	30
aa) BGH Beschl. v. 27.02.1979 – 5 StR 805/78	30
bb) OLG Frankfurt a.M. Beschl. v. 17.08.1994 – 2 Ws 129/94	31
cc) LG Frankfurt a.M. Beschl. v. 1.10.1999 – 5/29 Qs 19/99	32
dd) BGH Urt. v. 26.04.2001 – 4 StR 439/00	33
ee) BGH Urt. v. 04.12.2003 – 5 StR 308/03	35
ff) Auswertung und Kritik	37
b) Die Behandlung rechnungähnlicher Angebotsschreiben in der Literatur	42
aa) Faktisches Täuschungsverständnis	44
bb) Unterscheidung nach der Geschäftserfarenheit der Empfän- ger	47
cc) Normatives Täuschungsverständnis	48
(1) Inanspruchnahme besonderen Vertrauens	49
(2) Enttäuschung von Kontinuitätserwartungen	51
4. Betrug durch Kosten- und Abofallen im Internet	53
a) Einführung in die Problematik	53
b) LG Frankfurt a.M. Beschl. v. 5.3.2009 – 5/27 Kls 3330 Js 212484/07 Kls – 12/08	57
c) OLG Frankfurt a.M. Beschl. v. 17.12.2010 – 1 Ws 29/09	61

d) BGH Urt. v. 05.03.2014 – 2 StR 616/12	65
5. Ping-Anrufe	66
a) Konkludente Täuschung über ein inhaltliches Kommunikationsverlangen	67
b) Planmäßiges Ausnutzen einer inhaltlich wahren Erklärung	69
c) Täuschung über die Herkunft des Anrufs	71
d) Täuschung durch Unterlassen	73
e) Täuschung über die Höhe der Rückrufkosten	74
f) Täuschung über einen erfolglosen Anrufversuch	76
II. Übertreibende Anpreisungen und marktschreierische Reklame	76
III. Fälle aus dem Bereich des Aberglaubens und des Okkultismus	84
1. Sirius-Fall (BGHSt 32, 38)	84
2. Teufelsaustreibungsfall (LG Mannheim NJW 1993, 1488)	86
3. Auswertung	87
D. Berücksichtigung der Mitverantwortung des Opfers auf der Rechtsfolgenseite	88
E. Der Schutz des Einfältigen im Zusammenhang mit den Täuschungsformen des Betruges	91
I. Der Schutz des Einfältigen im Zusammenhang mit ausdrücklichen Täuschungen	92
II. Der Schutz des Einfältigen im Zusammenhang mit konkludenten Täuschungen	93
III. Der Schutz des Einfältigen im Zusammenhang mit der Täuschung durch Unterlassen	95

Kapitel 2

Viktimo dogmatik	97
A. Restriktion des Täuschungsmerkmals	98
I. Erhöhte Anforderungen an die Qualität des Täuschungsmittels	99
II. Der Missbrauch berechtigten Vertrauens	100
III. Einschränkung durch das Kriterium der objektiven Täuschungseignung	103
IV. Einschränkung durch die Abgrenzung von Verantwortungsbereichen anhand von Solidaritätspflichten des Täters	104
V. Eingrenzung des Täuschungsmerkmals anhand des Tatsachenbegriffs	107
B. Tatbestandliche Restriktionen über das Irrtumsmerkmal	109
I. Irrtum bei Zweifeln des Verfügenden	110
II. Abschichtung nach dem Grad der Wahrscheinlichkeit	111
III. Verneinung des Irrtums bei konkreten Zweifeln	112
IV. Ausschluss des Irrtums bei mitwirkendem Opfersverschulden	114
C. Einschränkungen durch den Kausalzusammenhang zwischen Täuschung und Irrtum	116

D. Einschränkungen über die objektive Zurechnung	119
I. Schutzzweck der Norm	119
II. Eigenverantwortliche Selbstgefährdung	122
E. Viktimodogmatische Einschränkungen des Schadensmerkmals	123
I. Ausschluss des Schadens aufgrund Opfermitverschuldens	123
II. Verkauf von Illusionen	125
F. Lösungsansätze außerhalb des Tatbestands	127

*Kapitel 3***Der Schutz des Einfältigen vor dem Hintergrund
unionsrechtlicher Vorgaben**

130

A. Der Einfluss des Europarechts auf das nationale Strafrecht	131
I. Rechtsquellen des Unionsrechts	131
II. Verhältnis des nationalen Strafrechts zum Recht der Europäischen Union	133
B. Der Einfluss des Europarechts auf den Betrugstatbestand	137
I. Einflussmöglichkeiten primärrechtlicher Vorschriften des Unionsrechts auf den Betrugstatbestand	137
1. Warenverkehrsfreiheit, Art. 28 ff., 34 ff. AEUV	138
2. Dienstleistungsfreiheit, Art. 57 ff. AEUV	140
II. Einflussmöglichkeiten sekundärrechtlicher Vorschriften des Unions- rechts auf den Betrugstatbestand	142
1. RL 2006/114/EG	142
2. RL 2005/29/EG	142
a) Vollharmonisierende Wirkung der RL 2005/29/EG	144
b) Anwendungsbereich der RL 2005/29/EG	145
C. Das unionsrechtliche Verbraucherleitbild	147
I. Die Entwicklung des unionsrechtlichen Verbraucherleitbilds durch den EuGH	147
1. Die Entscheidungen „Cassis de Dijon“, „Rau“ und „Bocksbeutel“	147
2. Die Entscheidung „Pall/Dahlhausen“	148
3. Die Entscheidung „GB-Inno-BM“	149
4. Die Entscheidung „Clinique“	149
5. Die Entscheidung „Mars“	150
6. Die Entscheidung „Gut Springenheide“	151
7. Die Entscheidung „Sektkellerei Kessler“	152
8. Die Entscheidung „d’arbo naturrein“	152
9. Weitere Präzisierung des Verbraucherleitbilds in den Entschei- dungen „Lidl/Vierzon“ und „Konsumentenombudsmannen/Ving Sverige“	153
10. Einschränkungen des Leitbilds vom durchschnittlich informierten, aufmerksamen und verständigen Durchschnittsverbraucher	154

a) Die Entscheidung „Lloyd“	154
b) Die Entscheidung „Lifting Creme“.....	155
c) Die Entscheidungen „Buet“ und „Graffione“.....	156
11. Zusammenfassung	157
II. Das Verbraucherleitbild der RL 2005/29/EG	158
D. Rezeption des unionsrechtlichen Verbraucherleitbils im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) und in der wettbewerbsrechtlichen Rechtsprechung des BGH	163
E. Die Auffassungen in Rechtsprechung und Literatur	165
I. Keine Verpflichtung zur Übernahme des unionsrechtlichen Verbraucherleitbils aus Gründen des Rechtsgüterschutzes	165
II. BGH Urt. v. 05.03.2014 – 2 StR 616/12	172
III. Keine Verpflichtung zur Übernahme des unionsrechtlichen Verbraucherleitbils wegen überwiegender Rechte der betroffenen Personenkreise	176
IV. Kein Erfordernis zur generellen Übernahme des unionsrechtlichen Verbraucherleitbils wegen fehlender praktischer Auswirkungen	178
F. Implementierung der unionsrechtlichen Vorgaben in den Betrugstatbestand	181
I. Nichtenwendung des Betrugstatbestands	183
II. Normative Auslegung des Täuschungs- bzw. Irrtumsmerkmals	185
1. Normative Auslegung des Täuschungsmerkmals	185
2. Normative Auslegung des Irrtumsmerkmals	186
III. Unionsrechtliche Grundfreiheiten als Rechtfertigungsgründe	187
IV. Implementierung des unionsrechtlichen Verbraucherleitbils über bestehende normative Elemente des Betrugstatbestands	189
1. Implementierung unionsrechtlicher Vorgaben im Bereich konkludenter Täuschungen	190
2. Implementierung der unionsrechtlichen Vorgaben im Bereich ausdrücklicher Täuschungen	192
a) Die Figur der objektiven Erfolgzurechnung	193
b) Die objektive Zurechnung beim Betrug	194
c) Der Ausschluss der Zurechenbarkeit zwischen Täuschung und Irrtum bei unionsrechtlicher Gestattung der fraglichen Verhaltensweisen	196
G. Zersplitterung des Täuschungsschutzstandards	198
I. Sektorale Differenzierung	200
II. Einführung einer betrugsstrafrechtlichen Sonderdogmatik für den Bereich der Publikumswerbung	203
III. Einheitliche Auslegung des Betrugstatbestands	207

*Kapitel 4***Anwendung einer unionsrechtskonformen Auslegung
auf die genannten Fallgruppen**

209

A. Konkludente Täuschungen	210
I. Täuschung durch Behauptung wahrer Tatsachen	210
II. Rechnungsähnliche Angebotsschreiben	211
III. Abofallen	214
IV. Ping-Anrufe	216
B. Ausdrückliche Täuschungen	218
I. Übertreibende Werbeaussagen	218
II. Aberglauben und Okkultismus	220
Zusammenfassung und Fazit	222
Literaturverzeichnis	225
Stichwortverzeichnis	238